

Initiative für bezahlbare Wohnungen in Chur

Bezahlbare Wohnungen in Chur sind rar. Um dies zu ändern, hat die SP Chur zusammen mit dem Mieterinnen- und Mieterverband Graubünden und Wohnbaugenossenschaften eine Initiative für bezahlbare Wohnungen lanciert.

Die Initiative will das Ziel von bezahlbaren Wohnungen in der Verfassung der Stadt Chur verankern. Konkret soll sich die Stadt einerseits für den Schutz von bereits vorhandenen preisgünstigen Wohnungen einsetzen und andererseits für eine stete Erhöhung der Anzahl Wohnungen sorgen, die dauerhaft nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet werden.

Bewährtes Prinzip

Das Prinzip der Kostenmiete steht allen offen. Dass es funktioniert, zeigen die Wohnbaugenossenschaften. In Chur machen gemeinnützig vermietete Wohnungen jedoch nur gerade 4,8% aller Wohnungen aus. «Chur hinkt anderen Städten hinterher», sagt SP-Gemeinderat Vincenzo Cangemi an der Medienkonferenz und verweist auf Städte mit doppelt so hohen Anteilen wie Thun oder Altdorf. «Für bezahlbaren Wohnraum braucht es die aktive Unterstützung durch die Stadt, beispielsweise mit reduziertem Baurechtzinsen», so Cornelia Bischoff, Gründungsmitglied der Wohnbaugenossenschaft bainviver-chur, die letztes Jahr im Planaterra 11 ein neues Projekt eröffnete. Solche Projekte beleben auch die Stadt. «Genossenschaften stehen für kluge, innovative Lösungen beim Wohnen und Arbeiten und in der Quartierentwicklung», erklärt Yvonne Michel Conrad, Präsidentin der IG für lebendige Wohn- und Stadträume.

Situation hat sich verschärft

Vor zehn Jahren schon hatten SP, Mieterinnen- und Mieterverband und Wohnbaugenossenschaften Unterschriften für eine ähnliche Initiative gesammelt. Die Churer Bevölkerung lehnte die Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» 2016 dann mit 50,3% Nein-Stimmen hauchdünn ab - nur 86 Stimmen gaben damals den Ausschlag. «Die Versprechungen des Stadtrats habe ich noch im Ohr», so Lukas Horrer vom Mieter:innenverband Graubünden. Ausser sozialer Rhetorik sei von Seite Stadtrat seither nichts passiert. Hinzu kommt: Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich verschärft. «Wir müssen jetzt handeln, es ist höchste Zeit», so SP-Gemeinderätin Barbara Rimml. «Es braucht endlich verbindliche politische Vorgaben für bezahlbare Wohnungen.»

Für Rückfragen:

- SP Chur: Barbara Rimml (079 203 17 72) und Vincenzo Cangemi (079 232 33 76)
- Mieterinnen- und Mieterverband Graubünden: Lukas Horrer (079 781 06 86)
- Wohnbaugenossenschaft bainviver-chur: Cornelia Bischoff (079 675 07 73)
- IG für lebendige Wohn- und Stadträume: Yvonne Michel Conrad (078 802 56 40)